Video-Podcast der Bundeskanzlerin #39/2014

13. Dezember 2014

Die Fragen stellte Dr. Andrea Despot, Stellvertretende Akademieleiterin der Europäischen Akademie Berlin.

Andrea Despot:
Frau Bundeskanzlerin, der Europäische Rat kommende Woche startet mit einem neuen Präsidenten an der Spitze. Und auch die Europäische Kommission wird von einer neuen Mannschaft gesteuert. Wenn wir in fünf Jahren zurückschauen werden – am Ende des Mandats dieser Führungsriege –, wann würden wir von einem Erfolg sprechen können?

Bundeskanzlerin Merkel:
Ja, es ist richtig, wir schließen jetzt praktisch das Personaltableau ab, das sich nach den Europawahlen ergeben hat. Und mit Donald Tusk wird jetzt unser neuer Ratspräsident seinen ersten Rat mit uns gemeinsam veranstalten. Jean-Claude Juncker ist ja schon eine Weile Kommissionspräsident, und wir haben auch eine sehr enge Zusammenarbeit, nämlich eine gemeinsame Strategische Agenda mit wichtigen Fraktionen im Parlament. Wann kann man von einem Erfolg sprechen? Ich glaube dann, wenn man sagen kann: Europa geht es wirtschaftlich, was den Wohlstand, was die Arbeitsplätze anbelangt, besser als heute. Europa hat aufgeholt, wo es zurückliegt, insbesondere bei den Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft. Und das Allerallerwichtigste ist in der Tat, dass die jungen Leute wieder Jobs, also Arbeitsplätze bekommen.

Junckers 300 Milliarden Euro schweres Investitionspaket will ja das erreichen, was frühere Anläufe zur Ankurbelung der Wirtschaft nicht geschafft haben. Etwa die Lissabon-Strategie aus dem Jahre 2000, die Europa zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt machen wollte. Welche Erfolgsaussichten gibt es heute, die es gestern noch nicht gab?

Na ja, man muss ganz nüchtern sagen, dass wir im Augenblick zumindest nicht der dynamischste Wirtschaftsraum der Welt sind. Das heißt, das Investitionspaket ist ein wichtiger Baustein, aber nicht der einzige. Es gehört genauso dazu, dass wir uns auch auf europäischer Ebene – genauso wie zu Hause, jeder bei sich – mit den Themen Bürokratieabbau befassen, dass wir versuchen festzustellen: Wo sind die Rahmenbedingungen noch nicht so richtig? Ich glaube, das von herausragender Bedeutung die Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft sind. Das heißt, das Telekommunikationspaket, das Günter Oettinger verantwortet, und die Datenschutzgrundverordnung müssen im nächsten Jahr jetzt schnell abgeschlossen werden, damit klare Investitionsbedingungen für Unternehmen in Europa sind. Und das Investitionsprogramm selbst: Da ist es gut, dass es von der Europäischen Investitionsbank verwaltet wird, denn diese Bank hat eine große Erfahrung. Wir hoffen, dass wir damit Infrastrukturprojekte von Straßen und Schienen, aber vor allen Dingen auch Breitbandausbau hinbekommen, die bislang noch nicht so richtig in Gang gekommen sind. Aber es ist ein Baustein in einer Vielzahl von Maßnahmen.

Deutschland ist Exportweltmeister, gleichzeitig hadert es mit dem Freihandelsabkommen TTIP. Wenn TTIP nun tatsächlich für ein Mehr an Beschäftigung und Wachstum steht, ist dann der Fokus auf das Chlorhühnchen nicht ein Kommunikationsdesaster?

Also, ich glaube, „hadern“ ist nicht die richtige Beschreibung. Ich zumindest hadere mit diesem Projekt nicht. Wir brauchen ein solches Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Einmal, weil wir – wie Sie richtig gesagt haben – exportorientiert sind. Und zum Zweiten, weil es dann auch die Möglichkeit gibt, Standards zu setzen, die sich vielleicht auch in anderen Wirtschaftsräumen der Welt durchsetzen könnten. Und deshalb ist der Abschluss der Verhandlungen von herausragender Bedeutung. Was wir immer wieder den Menschen sagen müssen, ist: Kein Standard, der heute in der Europäischen Union vereinbart ist, wird durch dieses Freihandelsabkommen unterschritten. Und insofern ist das Chlorhühnchen ein Phantom. Es wird es nicht geben, dass ist jetzt auch oft genug gesagt worden. Ich glaube, wir müssen einen Weg finden, die Menschen kontinuierlicher über die Fortschritte zu informieren, die Verhandlungen etwas transparenter zu führen und deutlich zu machen, wo wir hin wollen – und dass es zum Schluss wirklich Arbeitsplätze und Wirtschaftschancen für uns bringt.

Russlands Strategie des Exports von Instabilität und frozen conflicts in die östliche Nachbarschaft der EU ist in Georgien, Moldau und auch in der Ukraine erkennbar. Russland wirkt aber auch sehr stark auf EU-Länder wie Ungarn ein, oder Kandidatenländer wie die Türkei und Serbien. Muss die EU da machtlos zusehen? Oder wie können wir den Einfluss Russlands begrenzen?

Nein, erstens geht es ja darum, dass wir von uns aus auch gerne gute und partnerschaftliche Beziehungen mit Russland haben wollen. Deshalb finde ich den Gedanken, dass man mit Russland und der EU oder mit der Eurasischen Union und der EU auch gerade über Handelsfragen spricht, einen ganz wichtigen Gedanken. Damit klar wird: Die Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, mit Georgien, mit Moldawien sind nicht gegen Russland gerichtet, sondern es geht um eine engere Verknüpfung der Wirtschaftsräume. Und da sollte Russland nicht ausgenommen sein. Zweitens ist es so, dass wir es immer wieder geschafft haben, in der Europäischen Union ein einheitliches Vorgehen zu vereinbaren, auch als wir so schwierige Entscheidungen wie die der Sanktionen herbeigeführt haben. Und ich glaube, diese Einheit der Europäischen Union ist ganz wichtig. Natürlich wird es aus historischen Gründen auch unterschiedlich gewachsenen Beziehungen zu Russland geben. Aber ich glaube, die Bundesregierung steht hier in einem guten Kontakt mit vielen anderen europäischen Ländern, indem wir auf der einen Seite sagen: Wir benennen Unrecht, wenn es geschehen ist, auf der anderen Seite aber sagen: Wir wollen diplomatische Lösungen. Und gerade bei der Ukraine werden wir jetzt wieder einen neuen Anlauf nehmen, um zu versuchen, das, was im Minsker Abkommen vereinbart war, doch noch umzusetzen. Es gibt jetzt gerade erste zarte Ansätze, wo man sagt: Vielleicht können wir darauf aufbauen.